



Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen: Welche Ergebnisse braucht es auf Bundesebene?

- **Bundesbauministerin diskutiert bei der Expo Real mit BID-Vertretern über die Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen**

München – Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat heute mit Vertretern der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland am gemeinsamen Messestand auf der Expo Real in München diskutiert. Hendricks äußerte sich zufrieden über den Konsens, der im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen absehbar sei. Die gemeinsame Arbeit trage bereits Früchte, so dass beispielsweise die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verdoppelt werden könne. Weitere Anreize im Bereich der steuerlichen Abschreibung für den Wohnungsneubau halte die Ministerin für notwendig, hier bleibe man in den kommenden Monaten im Dialog mit dem Bundesfinanzministerium am Ball. Hendricks gab die Zielprognose aus, den bezahlbaren Wohnungsneubau noch in dieser Legislaturperiode voranzubringen.

„Deutschland braucht mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen. Dafür setzen sich die Mitgliedsverbände der BID gemeinsam mit ihren Partnern im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen engagiert ein“, erklärte **Axel Gedaschko**, BID-Vorsitzender und GdW-Präsident. „Um dies leisten zu können, müssen die Bedingungen für den Wohnungsneubau schnell verbessert werden. Deshalb begrüßen wir die Absicht der Bundesregierung, die Mittel für die soziale Wohnraumförderung zu verdoppeln. Hier kommt es nun darauf an, diese Förderung über Zuschüsse auszugestalten, damit sie möglichst effektiv nutzbar ist. Andererseits müssen aber auch Baugenehmigungen beschleunigt und Steuerspiralen – beispielsweise bei der Grunderwerbsteuer – gestoppt werden.“

„Die Baukostensenkungskommission hat herausgearbeitet, dass der derzeitige Werteverzehr nicht den Abschreibungssätzen entspricht“, so BFW-Präsident **Andreas Ibel**. „Eine AfA von mindestens drei Prozent wird von den Teilnehmern als angemessen erachtet. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, eine verpflichtende Folgekostenabschätzung für alle Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen und Normen einzuführen. Denn die stetigen Revisionen bei den Schall- und Brandschutzanforderungen, der EnEV, Statik und dem Bauvertragsrecht verkürzen nicht nur die Lebensdauer der technischen Ausstattung, sondern treiben auch die Kosten in die Höhe.“

„Das Baurecht und damit auch die Baunutzungsverordnung müssen an die Anforderungen eines modernen städtebaulichen Leitbilds der kurzen Wege und komplexer Stadt- und Projektentwicklungen angepasst werden“, so ZIA-Präsident **Dr. Andreas Mattner**. Dabei geht es jedoch nicht nur um Wohnungen. Zu einer integrierten Stadtentwicklung gehört immer ein gesunder Mix aus Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel. Diesen Mix sollten die Kommunen bei der Entwicklung neuer Bauflächen immer berücksichtigen.“

„Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ist erfolgserprobt. Das zeigt sich seit vier Jahren in Hamburg, wo diese Form der Zusammenarbeit geradezu erfunden wurde IVD-Präsident **Jürgen Michael Schick**. „Durch den dauerhaften Dialog zwischen Politik, Kommunen und Wohnungswirtschaft wurden Lösungsansätze gefunden, den Wohnungsneubau zu vervielfältigen. Intelligente Fördermittel konnten gemeinsam entwickelt werden, um so den Wohnungsbestand kostengünstig energetisch zu sanieren. Auf Bundesebene wurden nun ebenfalls die ersten Ergebnisse dafür gesetzt. In einem Jahr intensiver Zusammenarbeit wurden alle Stellschrauben überdacht und

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

bsi Bundesverband Sachwerte und
Investmentvermögen

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

wesentliche Potentiale für ein schnelleres und effizienteres Bauen von bezahlbarem Wohnen erarbeitet. Nun geht es darum, gemeinsame Ziele zu definieren, diese umzusetzen und zu evaluieren. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann muss das Bündnis auf Bundesebene ernsthaft und konsequent fortgeführt werden.“



In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, bsi, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info